

BDP Schweiz – Engagement für eine lösungsorientierte Sachpolitik

Die Bürgerlich-Demokratische Partei ist eine innovative und moderne Partei, die den gesellschaftlichen Entwicklungen und den ökologischen Herausforderungen Rechnung trägt, ohne dabei ihre konservativen Grundwerte über Bord zu werfen.

Als lösungsorientierte Mitte-Partei konzentriert sich die BDP auf eine konstruktive Gestaltung der Zukunft einer modernen und erfolgreichen Schweiz. Sie setzt sich sachlich und nüchtern mit den Herausforderungen der Schweiz und den Anliegen ihrer Bürgerinnen und Bürger auseinander. Im Vordergrund stehen mehrheitsfähige Lösungen und nicht ein stures Verharren auf Forderungen und Positionen. Dazu geht die BDP aktiv Allianzen ein, um die entsprechenden Lösungen durchsetzen zu können.

Seit ihrer Gründung am 1. November 2008 hat sich die BDP in vielfältigen und wichtigen Themenbereichen aktiv eingesetzt:

Energiewende mit einem geordneten Atomausstieg

Ökologische Verantwortung ist nicht nur eine Pflicht gegenüber künftigen Generationen, sondern bietet auch grosse wirtschaftliche Chancen mit überdurchschnittlichem Innovationspotenzial. Die BDP engagiert sich deshalb aktiv für einen geordneten Atomausstieg sowie für die konsequente Förderung erneuerbarer Ressourcen und technologischer Innovationen. Unter einem geordneten Atomausstieg versteht die BDP insbesondere die Gewährung der Versorgungssicherheit sowie die den Schutz bereits getätigter Investitionen.

Sorgfältige Raumplanung

Die BDP will eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen und dennoch Sorge tragen zu unserem wertvollen Kulturland. Eine sorgfältige Raumplanung in unserem dicht besiedelten Land bedingt eine konsequente Erhöhung der Nutzungsdichte, die Nutzung bestehender und bereits erschlossener Bausubstanz sowie eine gewisse Lockerung der Waldgesetzgebung. Die BDP hat sich unter anderem mit der Übernahme des bürgerlichen Kampagnenleads bei der Referendumsabstimmung zur revidierten Raumplanungsgesetz erfolgreich für eine Siedlungspolitik mit Augenmass eingesetzt.

Liberaler Wirtschaftspolitik und verantwortungsvolles Unternehmertum

Das Erfolgsmodell Schweiz basiert auf liberalen Rahmenbedingungen, welche die Eigenverantwortung der Unternehmen fördert. Die BDP hat sich deshalb vehement gegen schwerwiegende Eingriffe in dieses System gewehrt, zum Beispiel durch die „1:12-„ oder die „Mindestlohninitiative“. Die BDP unterstützt aber dort Anpassungen der Rahmenbedingungen, wo die Freiheiten nicht mit der notwendigen Sorgfalt genutzt werden. Sie hatte deshalb den Kampagnenlead gegen die „Minder-Initiative“ übernommen, um über den besseren Gegenvorschlag eine Stärkung der Aktionärsrechte und somit eine wirksame Massnahme gegen die „Abzockerei“ zu erreichen.

Personenfreizügigkeit

Die Schweizer Exportwirtschaft verdient jeden zweiten Franken in der EU und für eine Vielzahl von Unternehmen sind geeignete Fachkräfte aus dem EU-Raum unverzichtbar. Die BDP steht deshalb klar hinter den bilateralen Verträgen mit der EU. Dort, wo möglich, sollen flankierende Massnahmen ergriffen werden, und der Fachkräftemangel in der Schweiz ist aktiv anzugehen. Die BDP ist aber nicht bereit, das Erfolgsmodell der Personenfreizügigkeit

aufzugeben und die Schweiz international zu isolieren. Sie hat deshalb gemeinsam mit der CVP den Kampagnenlead gegen die „Masseneinwanderungsinitiative“ übernommen.

Nachdem das Schweizer Stimmvolk die „Masseneinwanderungsinitiative“ am 9. Februar 2014 angenommen hat, ist dem Volkswillen selbstverständlich Rechnung zu tragen und die Zuwanderung zu senken. Die BDP hat deshalb gemeinsam mit der CVP verschiedene Vorstösse eingereicht, die eine konsequente und glaubwürdige Förderung inländischer Arbeitskräfte fordern. Dabei ist insbesondere das Potenzial von weiblichen und von älteren Arbeitskräften deutlich besser auszuschöpfen. Und die Bildungspolitik muss klar auf die Nachfrage nach Arbeitskräften ausgerichtet werden. Zusätzlich haben BDP und CVP eine Parlamentarische Initiative eingereicht, welche die vertragliche Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der Europäischen Union in der Verfassung verankern will.

Glaubwürdiger Finanzplatz

Die BDP steht hinter der „Weissgeldstrategie“ des Bundesrates und setzt sich stark für einen steuerlich konformen und wettbewerbsfähigen Finanzplatz ein. Dazu gehört die Anerkennung und Einhaltung international gültiger Standards. Die BDP weigert sich, in der Missachtung globaler Spielregeln eine Marktchance zu sehen. Sie fordert und fördert – auch im Inland - ein Bankkundengeheimnis, das die Privatsphäre, nicht aber deliktisches Verhalten schützt.

Gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur

Das Verkehrsnetz der Schweiz – sowohl Strasse, wie auch Schiene – gehört zu den Lebensadern unserer Wirtschaft und bietet wichtige Entwicklungschancen. Es verbindet sämtliche Landesteile der Schweiz, urbane Regionen mit Randregionen. Eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur unterstreicht auch den für die Schweiz charakteristischen sorgfältigen Umgang mit dem regionalen Gefälle und ist wichtig für den nationalen Zusammenhalt. Die BDP engagiert sich unter anderem deshalb für den Ausbau der Schieneninfrastruktur, der Nationalstrassen oder beispielsweise auch eines zweiten Gotthardtunnels.

Familien- und Gesellschaftspolitik

Auch in einer modernen Gesellschaft bildet die Familie die Basis. Die BDP spielt explizit die unterschiedlichen Familienmodelle nicht gegeneinander aus. Sie identifiziert sich in hohem Mass mit der „traditionellen“ Familien und unterstützt gleichermassen moderne Gemeinschaftsformen mit berufstätigen Eltern. Nicht zuletzt auch aus der Überzeugung, dass die Wirtschaft mehr denn je auch auf Frauen angewiesen ist und von ihnen profitieren kann. Die BDP hat schon früh ein zivilstandsunabhängiges Steuer- und Rentensystem gefordert und setzt sich gleichzeitig für optimale Rahmenbedingungen wie Blockzeiten, Tageschulen, familienergänzende Betreuungen usw. ein.

Liberal heisst für die BDP auch gesellschaftsliberal und sie respektiert dabei die individuell und persönlich gefällten Entscheide. Toleranz und Respekt sind für die BDP gelebte Selbstverständlichkeiten. Es ist nicht Sache des Gesetzgebers, einzelne Familienmodelle, Lebensformen oder sexuelle Orientierungen zu bevorzugen oder zu benachteiligen. Vielmehr ist die Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass dem gesellschaftlichen Wandel auch zivilrechtlich Rechnung getragen wird.

Weitsichtige Altersvorsorge

Die BDP setzt sich für eine nachhaltige Stabilisierung und Sicherung der Sozialwerke ein, damit auch künftige Generationen davon profitieren können. Sie hat deshalb schon früh die Fiskalregeln (Schuldenbremse) für die Sozialversicherungen gefordert. Und die Diskussion rund um das Rentenalter muss sich – frei von Emotionen – an den ökonomischen Fakten

orientieren. Um die Frage des Rentenalters zu entpolitisieren, hat die BDP die Einführung eines Automatismus gefordert, der künftig das Rentenalter mit der steigenden Lebenserwartung verknüpft. Ebenso hat sich die BDP für eine Pensionskassenpflicht für Erwerbstätige schon ab 18 Jahren, für verbesserte Arbeitsmarktchancen für die ältere Generation, für zusätzliche Anlagemöglichkeiten für Pensionskassen sowie für die Stärkung der privaten Vorsorge eingesetzt.

Bildung

Das duale Bildungssystem der Schweiz ist ein Erfolgsmodell und gilt weltweit als Vorbild. Die BDP steht hinter diesem qualitativ hochstehenden und leistungsorientierten System. Gleichzeitig ist sie aufgeschlossen gegenüber neuen Erkenntnissen und unterstützt neue Wege, die sich insbesondere aufgrund neuer Kommunikationstechnologien eröffnen. Sie hat sich beispielsweise stark für die Aufnahme von „ICT und Medien“ im „Lehrplan 21“ eingesetzt. Zu den weiteren Herausforderungen gehört der Fachkräftemangel, die Anpassung der Berufsschulen an die Kompetenzen der Schulabgänger, Berufslehren für schwächere Schülerinnen und Schüler sowie der Umgang mit ausländischen Studierenden an Fachhochschulen und Hochschulen.

Digitale Netzpolitik

Als erste und bisher wohl einzige Partei hat die BDP klare Positionen zur digitalen Netzpolitik bezogen. Der Zugang zu den Kommunikationsnetzen und Diensten muss für alle Einwohner der Schweiz gewährleistet sein. Der Staat muss die Rahmenbedingungen stetig anpassen und ist beispielsweise in Bereich wie Sicherheit, Bildung und E-Government gefragt. Angemessene Preise und der laufende Fortschritt in der Servicequalität werden am besten durch Wettbewerb garantiert.